

A.1 Entwurf Landeswahlprogramm 2009 – Antrag an den Landesparteitag

Einreicher: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen & Mitglieder der Arbeitsgruppe Landeswahlprogramm 2009

Beschlussantrag:

Der Landesparteitag beschließt den nachfolgenden Text als Wahlprogramm für die Landtagswahl 2009.

3. Bildung und Kultur für alle und überall

3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren

Bildung ist für uns der ganzheitlich orientierte Erwerb von Werten, Wissen und Fähigkeiten und nicht am Markt ausgerichtete Wissensvermittlung. Deshalb sind trotz aller Fortschritte und Erfolge wie dem erfolgreichen Abschneiden Sachsens bei bundesweiten Schultests, weitere gezielte Veränderungen in der sächsischen Bildungspolitik notwendig. Noch zu viele Kinder und Jugendliche bleiben außen vor. Wir wollen jedes Kind mit seinen Begabungen in den Mittelpunkt stellen und individuelle Förderung und eigenständige Entwicklungen ermöglichen.

Verstärkte Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung halten wir für unerlässlich. Einer weiteren Kommerzialisierung und Privatisierung der sächsischen Bildungslandschaft werden wir entgegenwirken.

3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung

Bildung beginnt für uns mit der Geburt und mündet nach Schule, Ausbildung und Hochschule in der Möglichkeit lebenslangen Lernens. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns für gerechte Teilhabemöglichkeiten und einen in jeder Hinsicht barrierefreien Zugang zu Bildung und kulturellem Austausch ein. Reformen im vorschulischen und schulischen sowie im Hochschulbereich müssen miteinander vernetzt werden.

3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an

Um allen Kindern in Sachsen gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren, setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz in einer wohnortnahen Krippe oder Kindertagesstätte ab dem ersten Lebensjahr ein. Damit wollen wir auch die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben oder Ausbildung fördern. Statt des Feigenblattes eines kostenfreien Vorschuljahres sind für uns die Senkung des Betreuungsschlüssels, der Rechtsanspruch auf Betreuung, die schrittweise Gebührenfreiheit aller Kita-Plätze in Sachsen und das kostenfreie Mittagessen grundlegende Voraussetzungen für die gerechte Teilhabe an vorschulischer Bildung. Für eine hochwertige Elementarpädagogik und die Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes halten wir mehrere

Faktoren für unerlässlich: die Senkung des Betreuungsschlüssels im Sächsischen Kita - Gesetz, die finanzielle Stärkung der Städte und Gemeinden mit Mitteln des Landeshaushaltes zur Beschäftigung von mehr Fachpersonal in sächsischen Kindertageseinrichtungen, die Aufwertung des Erzieherinnenberufes durch die Einführung der Erzieherinnenausbildung als Studium an Sachsens Hochschulen und eine gerechtere Entlohnung als Pädagoginnen und Pädagogen.

3.4. Längeres gemeinsames Lernen

Wir wollen eine Schule für alle! Die Überwindung des mehrgliedrigen, sozial und kulturell auslesenden sächsischen Schulsystems bleibt eines unserer wichtigsten Ziele. Die solidarisch und gesellschaftlich gerechte Förderung unterschiedlich begabter Schülerinnen und Schüler kann aus unserer Sicht nur auf dem Weg des längeren gemeinsamen Lernens bis zur Klassenstufe 10 gelingen. Deshalb streben wir die flächendeckende Einrichtung von Gemeinschaftsschulen an. Den Übergang zum Erwerb der Hochschulreife wollen wir mittels einer Differenzierung ab Klasse 9 gestalten, auch mit dem Ziel einer Erhöhung der Abiturquote.

3.5. Schulische Bildung verbessern

Die Qualität der schulischen Bildung wollen wir durch mehrere konkrete Maßnahmen verbessern: Um eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen, müssen Klassen- und Kursteiler abgesenkt und damit Klassen und Kurse verkleinert werden. Damit verbunden wollen wir außerdem die erhöhte und unbefristete Neueinstellung von Lehrpersonal sowie die Aufhebung der „Zwangsteilzeitarbeit“ für Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten, Voll- und Teilzeitbeschäftigung muss möglich sein. Außerdem wollen wir den Schulen ein Mitspracherecht bei der Auswahl des pädagogischen Personals erteilen. Für sächsische Absolventinnen und Absolventen der Lehramtsstudiengänge wollen wir ausreichend Referendariatsplätze zur Verfügung stellen.

Qualitativ hochwertige Bildung fängt bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an, Fachwissen allein genügt nicht. Deshalb wollen wir die Lehramtsausbildung an sächsischen Hochschulen und die Weiterbildung qualifizieren.

Nur mit genügend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Abbau der Ausfallstunden möglich. Die pädagogische Arbeit des Lehrpersonals soll darüber hinaus durch Stärkung der Schulsozialarbeit und die Beschäftigung von Schulpsychologen an allen Schulen ergänzt werden.

Die „eine Schule für alle“ ist eine demokratische Schule. Die Rechte von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern sollen gestärkt werden

3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten

Schulen sind für uns nicht nur Orte des Lernens, sondern auch soziale und kulturelle Einrichtungen und Orte der Identifikation in einem Gemeinwesen. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Sachsen für wohnortnahe Schulen, vor allem auch im ländlichen Raum, ein. Die Einzigigkeit von Schulen muss in Sachsen grundsätzlich möglich sein.

Langfristig werden wir auf die Einrichtung von Oberstufenzentren hinwirken, um angesichts der negativen demographischen Entwicklung eine Vielfalt an Abschlüssen auch im ländlichen Raum wohnortnah zu ermöglichen. Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen verbunden mit der Regionalisierung der Schulnetzplanung durch die Landkreise und kreisfreien Städte sehen wir als Voraussetzung für den Erhalt eines flächendeckenden Schulnetzes. Schulschließungen sind für uns keine Lösung.

3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt

Wir wollen die kommunalen Schulen stärken und einer weiteren Kommerzialisierung der Bildung und damit erhöhter sozialer Auslese der Schülerinnen und Schüler entgegenwirken. Voraussetzung dafür ist aus unserer Sicht, dass die inhaltliche Vielfalt der Bildungskonzepte an kommunalen Schulen erhöht und reformpädagogische Ansätze verstärkt Aufnahme finden. Um den individuellen Lernfortschritten der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen, wollen wir dem Lernen ohne Stress und Leistungsdruck mehr Raum geben. Der individuelle Lernfortschritt muss auch Gegenstand der Bewertung sein. Insbesondere in musischen und künstlerischen Fächern sowie Sport wollen wir auf die Vergabe von Noten verzichten.

Die vorhandenen, bislang unzureichenden Ansätze an schulischen Ganztagsangeboten wollen wir zu Ganztagschulen entwickeln, insbesondere durch eine ernsthafte Umstrukturierung der Unterrichtszeiten und eine gezieltere Zusammenarbeit der Schulen mit öffentlichen und freien Bildungs- und Kulturträgern sowie Sportvereinen. Das beinhaltet auch höhere Stundenhonorare für die freien Träger, als dies gegenwärtig Praxis ist.

Werbe- bzw. Informationsveranstaltungen der Bundeswehr haben an Schulen in Sachsen keine Berechtigung. Dafür wollen wir, dass sich Feuerwehr und Katastrophenschutz präsentieren, um ihrerseits Nachwuchs für das in Kommunen wichtige Ehrenamt zu gewinnen.

3.8. Sorbische Schulen

Schule als Ort kultureller Identifikation bedeutet für uns auch, die Bildungsautonomie des sorbischen Volkes zu stärken und die Pflege der sorbischen Sprache und Kultur an sächsischen Bildungseinrichtungen zu gewährleisten und besonders zu fördern. Ein intaktes Netz sorbischer Schulen und Kitas ist dafür eine Grundvoraussetzung. Die Schließung sorbischer Mittelschulen ist bei entsprechend artikuliertem Bedarf der Sorben rückgängig zu

machen. Der Schülertransport zu den sorbischen Schulen ist umfassend sicher zu stellen. Die Gefährdung der sorbischen Sprache muss durch ein umfangreiches, über den Vorschul- und Schulbereich hinausgehendes Programm des Freistaates Sachsen gestoppt werden.

3.9. Kostenfreiheit für Schülerinnen- und Schülerbeförderung und Lernmittel

Bildung ist eine Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe, deshalb müssen aus unserer Sicht alle Lernmittel wirklich kostenfrei sein und Familien dürfen nicht mit Zusatzausgaben belastet werden. Wir treten langfristig für ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schülerinnen und Schüler und in einem ersten Schritt für die Abschaffung der Elternbeiträge zur Schülerbeförderung ein. Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien müssen die Teilnehmerbeiträge für Klassenfahrten, Werkstattwochen und Sprachreisen im Rahmen des Schulunterrichts vollständig finanziert werden.

3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken

Außerschulische Bildung für Kinder und Jugendliche, das heißt außerhalb des schulischen Lehrplanes, soll in Zukunft einen größeren Stellenwert erhalten. Deshalb müssen freie Träger der Jugendhilfe, in der Kultur, im Sport wie auch die Jugendfeuerwehren, die Kinder- und Jugendarbeit leisten, besondere Unterstützung erfahren. Wir treten für die existenzielle Sicherung und eine Mehrjahresförderung der landesweiten Jugendverbände sowie der Kreis- und Stadtjugendringe ein. Besonders wollen wir die Internationale Jugendbegegnung sowie Projekte der Gewalt- und Rechtsextremismus-Prävention fördern.

3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort

Der berufliche Anschluss an den Abschluss der Schule muss für alle Jugendlichen gewährleistet sein, deshalb tritt DIE LINKE. Sachsen für öffentlich gesicherte Ausbildungsplätze für alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein, die eine Ausbildung beginnen wollen. Damit ist aus unserer Sicht eine Erhöhung der Ausbildungsplätze in öffentlichen Einrichtungen, der Ausbau der Berufsschulzentren und öffentlicher Ausbildungsträger verbunden, um der Kommerzialisierung der beruflichen Bildung entgegenzuwirken, die Familienbudgets zusätzlich belastet. Der Erhalt und die Verbesserung des dualen Berufsausbildungssystems sind für uns unerlässlich. Darüber hinaus muss eine Berufsausbildung mit Abitur wieder möglich sein und der Übergang von Berufsausbildung zum Studium vereinfacht werden. Berufswahl und Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn ihnen bereits zu Schulzeiten eine differenzierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Wir wollen diese zum Beispiel durch eine gezielte Berufsorientierung ab Klasse 7 und durch Praxistage in Unternehmen stärken.

3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen

Lebenslanges Lernen bedarf heute und in Zukunft einer besonderen Förderung. Diesem Bedarf will DIE LINKE. Sachsen unter anderem mit einer existenziellen und flächendeckenden Sicherung der Volkshochschulen und des zweiten Bildungsweges, mit der gesetzlichen Verankerung von fünf bezahlten Bildungstagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen sowie mit einer Modularisierung der beruflichen Weiterbildung zu berufsqualifizierenden Abschlüssen gerecht werden. Außerdem werden wir uns für einen Anspruch auf Bildungstage für die politische und kulturelle Bildung einsetzen.

3.13. Gebührenfreies Studieren bis zum Master

Studieren in Sachsen soll aus unserer Sicht attraktiver für alle Bevölkerungsgruppen und damit die Bildungsbeteiligung ausgeweitet werden. Wesentliche Elemente des Bologna-Prozesses an Sachsens Hochschulen betrachten wir kritisch und werden darauf hinwirken, dass das Studieren bis zum Master ohne Zugangsbeschränkung für alle Studierenden möglich wird. Studieren muss kostenfrei bleiben.

Neben den Schulabgängerinnen und Schulabgängern sollen die Hochschulen insbesondere auch Berufstätigen und Eltern im Rahmen beruflicher Weiterbildung offen stehen. Eine Ausweitung der Bildungsbeteiligung wollen wir durch eine Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige ohne Abitur erreichen, z.B. für Menschen mit mehrjähriger Berufserfahrung, mit einem Meisterabschluss und Menschen ohne formelle Studienberechtigung. Damit wollen wir langfristig dem Anspruch an eine breite Hochschulbildung gerecht werden.

Sachsens Hochschulen sollen attraktiver für Studienanfängerinnen und Studienanfänger aus anderen Bundesländern und aller Welt sein.

Der Abbruch eines Studiums darf aus unserer Sicht nicht negativ sanktioniert, sondern sollte durch eine differenzierte Studienberatung zu Schulzeiten, einen gezielten Beratungsausbau an den Hochschulen mittels Tutorien sowie die Einführung von Orientierungssemestern vermieden werden. Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Studium mit Familie und Beruf stärken, z.B. durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder studierender Eltern. Nur mit den Studierenden gemeinsam und nicht gegen sie lässt sich die Zahl der Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher verringern. Erfolgreiches Studieren bedarf einer guten sozialen Infrastruktur – angefangen von preiswertem Essen, über Sozial- und psychologischer Beratung bis hin zu günstigem Wohnraum. Auf Bundesebene wird sich DIE LINKE für ein existenzsicherndes und elternunabhängiges Bafög einsetzen.

3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken

Hochschulen müssen kritischer Reflektions- und Resonanzraum der Gesellschaft sein. Das funktioniert nicht innerhalb autoritärer Strukturen, sondern dazu braucht es wirklicher Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Hochschulmitglieder. Die sächsischen Hochschulen mit

ihren vielfältigen Studiengängen betrachten wir als wichtige Räume für eine freie und kritische Wissenschaft und Lehre und setzen uns für deren Unabhängigkeit von Markt und Staat auch in Zukunft ein. Damit einhergehend wollen wir die Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen zu wissenschaftlich leistungsfähigen und weltoffenen Einrichtungen weiterentwickeln. Wir treten für eine Erweiterung der Hochschulautonomie bei gleichzeitiger Demokratisierung ein. Das heißt vor allem der Erhalt der sächsischen Hochschulen als „Körperschaften öffentlichen Rechts“. Wir fordern den Rückzug der Staatsregierung aus der fachlichen Detailsteuerung und den Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und des wissenschaftlichen Mittelbaus sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und Studentenwerke.

3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs

Um die Qualität des Studiums in Sachsen zu erhöhen setzen wir uns für den gezielten Aufbau eines stabilen wissenschaftlichen Mittelbaus an den Fachhochschulen, die Stärkung des Mittelbaus an den Universitäten sowie für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten aller Hochschulen in Bezug auf Bezahlung und Arbeitsverträge ein.

Wir brauchen einen Wissenschaftstarifvertrag, in dem die Rechte wissenschaftlicher Hilfskräfte und des akademischen Mittelbaus deutlich gestärkt werden.

Dozentinnen und Dozenten haben unter den aktuellen Bedingungen einen erhöhten Betreuungs- und Prüfungsaufwand und sind kaum noch in der Lage, zu forschen. Zum anderen ist die prekäre Situation vieler Dozentinnen und Dozenten nicht tragbar. Überholte beamtenrechtliche Personalkategorien gehören abgeschafft. Die Zahl der befristeten Stellen muss zugunsten unbefristeter reduziert werden. Durch eine verbindliche Quotierung von Stellen, ist eine schrittweise Erhöhung des Frauenanteils in allen Personalkategorien mit dem Ziel der Parität anzustreben. Wir treten für tarifvertragliche Regelungen für studentische Beschäftigte an den Hochschulen ein.

Entsprechend europäischer Standards wollen wir bisherige pädagogische und therapeutische Ausbildungsberufe wie Erzieherin, Ergo- und Physiotherapeutin zu regulären Studiengängen an Fachhochschulen aufwerten.

3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen

Sport betrachten wir als wichtiges und wesentliches Element der Freizeitbetätigung sowie Gesundheitsförderung aller Generationen. Sport ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Er ist eine Form der friedlichen Begegnung von Menschen verschiedener Kulturen und dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden jeder und jedes Einzelnen. Breitensport und Leistungssport sollen in unserer Sportpolitik den gleichen Rang einnehmen. Die Dominanz der Wirtschaft gegenüber dem Sport lehnen wir ab. Sportvereine und Sportverbände müssen deshalb gestärkt werden, da sie einen Großteil der

Nachwuchs- und ehrenamtlichen Arbeit leisten. Jugend- und Nachwuchsarbeit als sinnstiftende Freizeitgestaltung wollen wir besonders unterstützen, vor allem im Hinblick auf die Ausweitung von Ganztagsangeboten und die Stärkung einer demokratischen und friedlichen Fan-Kultur einschließlich sozialpädagogisch betreuter Fan-Projekte. Kinder und Jugendliche wollen wir von den Gebühren für öffentliche Sportstätten befreien.

DIE LINKE. Sachsen wird ein Sportfördergesetz mit der Verankerung des Sports als kommunale Pflichtaufgabe vorschlagen, in dem auch die Höhe des jährlichen Zuschusses an den Landessportbund Sachsen verbindlich geregelt wird, um Planungssicherheit für den Sport zu ermöglichen.

Darüber hinaus wollen wir auch den vereinsungebundenen Sport fördern und die Teilhabe aller am Sport - unabhängig von Alter, Einkommen und Region - ermöglichen. Deshalb werden wir ein Sportförderprogramm entwickeln, das unter anderem eine Wiedernutzung der Sporthallen und Sportplätze geschlossener Schulen, den Erhalt öffentlicher Frei- und Schwimmbäder sowie die barrierefreie Sanierung lokaler und regionaler Sportstätten beinhalten wird. Dieses Programm bietet außerdem die Chance auf Arbeitsplätze im Öffentlichen Beschäftigungssektor. Schulsport soll aus unserer Sicht in erster Linie der Freude an Bewegung, der Entspannung und Gesundheitserziehung dienen, deshalb muss er vom Leistungsdruck befreit werden. Sportnoten wollen wir darum aus der Erstellung von Bildungsempfehlungen für weiterführende Schulen herauslösen. Für die Durchführung eines regelmäßigen und fachlich abgesicherten Schulsports treten wir für die Einstellung von ausreichend Lehrpersonal ein. Ebenso muss das Schulschwimmen landesweit abgesichert werden und die Kosten für die Bustransfers zu den Schwimmhallen durch das Land Sachsen übernommen werden.

Für sportlich besonders begabte Kinder und Jugendliche wollen wir die Einrichtung und den Erhalt von Sportschulen fördern, um schulische Bildung und Leistungstraining in Einklang zu bringen. Olympia-Stützpunkte in Sachsen sollen eine besondere Unterstützung erfahren.

3.17. Sachsen als Kulturstaat

Sachsen ist eine bedeutende Kulturregion in Deutschland und Europa, deren vielfältigen Reichtum es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen gilt. DIE LINKE vertritt das verfassungspolitische Konzept, das Land Sachsen als Kulturstaat auszugestalten und dabei die Teilhabe aller zu ermöglichen. Kultur auf kommunaler und regionaler Ebene erfüllt für uns eine Integrationsfunktion zur Selbstverwirklichung und Identifikation der Menschen, weshalb sie für uns mehr als ein Standortfaktor und Wirtschaftszweig ist und nicht ausschließlich den Zwängen des Marktes unterworfen werden darf.

3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten

Als LINKE begreifen wir kulturelle Trägervielfalt als unverzichtbare Basis kulturellen Reichtums und engagieren uns gerade deshalb gegen einen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für Kunst und Kultur. Kulturelle Vielfalt ist nur im Neben- und Miteinander von öffentlich getragenen, frei gemeinnützigen und privaten Kultureinrichtungen möglich. Diese Vielfalt über den europäischen Horizont hinaus zu erweitern ist eines der Ziele der LINKEN in Sachsen. Kommunale und staatliche Kulturpolitik gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung. Sie hat die Aufgabe, auf das Beziehungsgeflecht zwischen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen, privaten Unternehmen und frei gemeinnützigen Trägern im Sinne einer kooperativen Kulturpolitik einzuwirken und Rahmenbedingungen für ein vielfältiges, auch dezentral vorhandenes Angebot zu schaffen.

3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen

Die Vielfalt der Museen, Theater, Orchester, Ensembles, Gedenkstätten, Bibliotheken, Schlösser und Gärten, des Film- und Kinowesens und der Bildenden Künste, aber auch der soziokulturellen Einrichtungen und Projekte sowie der Musikschulen und Volkshochschulen gilt es flächendeckend im urbanen wie im ländlichen Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Aus der Pflichtaufgabe der Kulturpflege durch Landkreise und Gemeinden ergibt sich für uns zugleich die sozialpolitische Verpflichtung einer angemessenen Preisgestaltung in den öffentlichen Kultureinrichtungen auch für Menschen mit geringem Einkommen wie Kinder und Jugendliche, Studierende, Langzeitarbeitslose sowie Seniorinnen und Senioren.

Kultur und Kunst und musisch-kulturelle Bildung finden für uns nicht nur in städtischen Ballungszentren und an Touristenmagneten statt, sondern sollen auch im ländlichen Raum und für alle Generationen erreichbar sein. Eine professionelle künstlerische Ausbildung ist in Sachsen an mehreren Hochschulen für Musik, Theater, Tanz und Buchkunst möglich, weshalb diese in ihrer Vielfältigkeit und Individualität erhalten werden müssen, um auch in Zukunft zur Weiterentwicklung der sächsischen Kulturlandschaft beitragen zu können.

3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken

Wir setzen uns für eine Dynamisierung des kulturellen Finanzrahmens sowohl im Kulturhaushalt des SMWK als auch in der Finanzierung der Kulturräume in den Landkreisen ein, um steigende Personal- und Sachkosten nicht zuungunsten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abzuwälzen und um ihnen langfristige Planungssicherheit geben zu können. Entsprechend des Haushaltes des Landes Sachsen wollen wir eine Mehrjahresförderung kultureller Einrichtungen erreichen. Wir befürworten die langfristig eigenständige Existenz der Theater in Görlitz, Zittau und Bautzen, Plauen -Zwickau sowie der Landesbühnen Sachsen in Radebeul als Einrichtung des Landes Sachsen. Die Vernachlässigung der sächsischen Industriekultur muss beendet und der Zweckverband Sächsisches Industriemuseum durch eine existenzsichernde Grundfinanzierung endlich eine langfristige Bestandsgarantie erhalten.

3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien

Der Grundsatz der Freiheit von Kunst und Kultur ist ein hohes Gut, entbindet den Freistaat Sachsen als Träger und Finanzier zahlreicher Einrichtungen in Kultur, Medien und Wissenschaft aus unserer Sicht jedoch nicht von der Verantwortung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden. Deshalb kritisieren wir die gängige Praxis, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es in Kultureinrichtungen, an Hochschulen oder beim öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunk, nur noch befristet oder als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, sogenannte „feste Freie“ zu beschäftigen. Sowohl wissenschaftliche Forschung als auch kritischer Journalismus – insbesondere gegenüber der eigenen Landespolitik – als Bestandteil einer lebendigen Demokratie basieren auf soliden und sozial sicheren Arbeitsverhältnissen. Wir wollen, dass auch so genannte „feste Freie“ sozial abgesichert werden und streiten für mehr Mitsprache der Redakteure.

3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren

Die Entfristung des Kulturraumgesetzes im Jahr 2008 war ein wichtiger Schritt zum dauerhaften und flächendeckenden Erhalt kultureller Infrastruktur in den Landkreisen, jedoch halten wir nun eine weitere Demokratisierung der Kulturkonvente für notwendig. Die Wahl der Kulturbeiräte durch die Kreistage muss mit paritätischer Besetzung erfolgen. Darüber hinaus wollen wir den Kulturbeirat und damit die Kultur- und Kunstschaffenden in den Landkreisen in ihrer demokratischen Mitwirkung stärken und den Kulturbeirat weitere Vertreterinnen und Vertreter in den Kulturkonvent entsenden lassen, dessen Mitglieder wiederum alle eine Stimmberechtigung erhalten müssen. Parallel zur Demokratisierung der Kulturräume muss in der neuen Legislaturperiode eine Kulturraumplanung erfolgen, die sowohl die Strukturen der im Jahr 2008 neu gebildeten Landkreise als auch die demographische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte berücksichtigt.

3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen

Neben den Kultur- und Kunsteinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft sehen wir eine identitätsstiftende Kulturszene und Kulturwirtschaft in Sachsen als einen Förderschwerpunkt unserer Kulturpolitik. Für Kunst- und Kulturschaffende in selbstständiger Existenz ist die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse ein unverzichtbarer sozialversicherungsrechtlicher Schutz. Deshalb wird sich DIE LINKE auf Bundesebene für den Erhalt und die ausreichende Finanzierung der Künstlersozialkasse einsetzen.

In Sachsen wollen wir insbesondere die existenzielle Situation der hier ansässigen Kultur- und Kunstschaffenden verbessern, zum Beispiel durch Stipendien, Räumlichkeiten und die Finanzierung von „Kunst im öffentlichen Raum“. Eine Vielzahl künstlerischer und kultureller

Angebote und Einrichtungen könnte ohne ehrenamtliches Engagement nicht existieren. Deshalb bedarf das Ehrenamt auch im Kulturbereich einer besonderen Anerkennung und Unterstützung.

3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern

Die musisch-kulturelle Bildung aller Generationen wollen wir fördern, insbesondere jedoch bei Kindern und Jugendlichen durch eine Stärkung der Musikschulen und Volkshochschulen auf Kreisebene, durch die gezielte Förderung der Nachwuchsarbeit öffentlicher und freier Kulturträger und durch die bessere Vernetzung mit schulischen Ganztagsangeboten für alle Jahrgangsstufen. Das professionelle Erlernen eines Instrumentes und die Ausübung Darstellender und Bildender Kunst müssen wohnortnah und für alle Familien bezahlbar möglich sein. Für Jugendliche wollen wir das Freiwillige Kulturelle Jahr bedarfsgerecht fördern und ausbauen.

3.25. Sorbische Kultur fördern

Die Bewahrung und Förderung des sorbischen Kulturgutes ist für uns gleichbedeutend mit anderen kulturpolitischen Aufgaben, deshalb treten wir für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk und anderer sorbischer Organisationen ein.

DIE LINKE sieht den Freistaat Sachsen in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die zur Wahrnehmung der notwendigen Aufgaben in allen kulturellen Bereichen notwendig sind. Eine Schließung sorbischer Kultureinrichtungen ist nicht hinnehmbar. Die Stiftung für das sorbische Volk ist daher durch den Bund sowie die Länder Sachsen und Brandenburg mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. DIE LINKE. Sachsen wird sich dafür einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen unbefristet und mit dem notwendigen Inflationsausgleich abgeschlossen wird. Langfristig ist die Umstrukturierung von einer Zuwendungs- zu einer Kapitalstiftung einzuleiten.

DIE LINKE. Sachsen wird im Landtag auf eine Novellierung des alten sächsischen Sorbengesetzes hinwirken.